

Mitteilung des Senats

Neue Potentiale erschließen! Gewinnung von zusätzlichen Fachkräften für KiTa und Schule

Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) vom 11. April 2023

Die Fraktionen der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE haben folgende Große Anfrage an den Senat gerichtet:

Bundesweit herrscht in den Lehr-, Sozial- und Erziehungsberufen derzeit ein Fachkräftemangel, von dem auch Bremen nicht ausgenommen ist. Durch die zugespitzte Lage bei der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz, der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt sowie der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagschule ab 2025 sind die Personalbedarfe in Bremen besonders hoch.

Alle verfügbaren Personalreserven müssen deshalb aktiviert und in die Attraktivierung von Ausbildung und Berufstätigkeit in Bremen investiert werden. Darüber hinaus müssen die Bemühungen um Fachkräfte aus dem Ausland intensiviert und Bremen für sie attraktiver werden. Ein wichtiger Faktor hierbei ist die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen.

Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen gilt allgemein aber als kompliziert, bürokratisch und langwierig. Es muss daher geprüft werden, ob sich die Verfahren regelmäßig als zu große Hürde für die Arbeitsaufnahme im pädagogischen oder schulischen Bereich im Land Bremen erweisen und welche Möglichkeiten es gibt, Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Wir fragen den Senat:

- I. Anerkennungsverfahren zur Personalgewinnung:
 1. Wie viele Personen haben seit der Einführung der „Verordnung zur Anerkennung ausländischer Lehrkräfteberufsqualifikationen in Bremen (AV-L)“ im Jahr 2019 einen Antrag auf Anerkennung ihres Abschlusses gemäß der Verordnung gestellt?
 - a) Bei wie vielen dieser Antragsteller*innen wurde gemäß § 4 Abs. 1 der AV-L eine Gleichwertigkeit des Abschlusses festgestellt und wie viele Antragsteller*innen haben daraufhin eine Tätigkeit als Lehrkraft in einer der Stadtgemeinden des Landes Bremen aufgenommen?
 - b) Wie vielen Antragsteller*innen wurde eine Ausgleichsmaßnahme gemäß § 4 Abs. 2 der AV-L angeboten und wie viele Antragsteller*innen haben auch tatsächlich die Ausgleichsmaßnahme angetreten?

- c) Wie viele Anträge wurden abgelehnt und was waren die jeweiligen Gründe für eine Ablehnung?
Bitte alle Angaben nach Kalenderjahren aufschlüsseln und nach EU und Drittstaaten differenzieren.
2. Gibt es regelmäßig wiederkehrende Gründe, die zur Ablehnung des Antrags auf Anerkennung des Abschlusses führen und was unternimmt der Senat, um hierbei kurz- bzw. mittelfristig Abhilfe zu schaffen? (Z.B. mangelnde Sprachkenntnisse, kein ableitbares zweites Fach, etc.)
3. Erfolg der Ausgleichsmaßnahme (bitte auch Personen nennen, die im Nachholverfahren an der Universität sind)
- a) Wie viele Personen mit ausländischem Studienabschluss haben eine Ausgleichsmaßnahme nach § 4 Abs. 2 der AV-L aufgenommen und vor ihrem Ende abgebrochen? Was waren die jeweiligen Gründe hierfür?
 - b) Wie viele Personen haben die Abschlussprüfung am Ende der Ausgleichsmaßnahme nicht bestanden?
 - c) Wie viele Personen haben inzwischen eine Ausgleichsmaßnahme erfolgreich abgeschlossen?
 - d) Wie viele dieser Personen haben eine dauerhafte Anstellung als Lehrkraft in einer der Stadtgemeinden des Landes Bremen aufgenommen?
4. Wie bewertet der Senat nach mehrjähriger Erfahrung sowohl das Anerkennungsverfahren durch die AV-L als auch die Ausgleichsmaßnahmen? Welchen Verbesserungsbedarf sieht der Senat?
5. Wurde aufgrund der aktuellen Krisensituation das Verfahren zur Anerkennung von Lehramtsabschlüssen aus der Ukraine im Jahr 2022 beschleunigt? Falls ja, wie sind die Erfahrungen mit dieser Beschleunigung und ließe sich auf der Grundlage dieser Erfahrung auch das allgemeine Anerkennungsverfahren für ausländische Lehramtsabschlüsse beschleunigen? Falls nein, welche Gründe sprachen gegen eine Beschleunigung des Verfahrens?
6. Wie viele Personen haben seit 2019 die Anerkennung eines im Ausland erworbenen Abschlusses als Erzieher*in, Kinderpfleger*in, Heilerziehungspfleger*in oder in einem pädagogischen Assistenzberuf bei der Senatorin für Kinder und Bildung beantragt? Wie viele Anträge wurden positiv und wie viele negativ beschieden? Bitte nach Kalenderjahren und Professionen aufschlüsseln sowie nach EU und Drittstaaten differenzieren.
7. Wie bewertet der Senat das Anerkennungsverfahren für schulische Sozial- und Erziehungsberufe bei der Senatorin für Kinder und Bildung? Sieht der Senat regelmäßig wiederkehrende Hürden, die zur Ablehnung von Anträgen führen? Sieht der Senat Möglichkeiten, das Verfahren zu verbessern und so die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen zu erleichtern?
8. Wie viele Personen haben seit 2019 die Anerkennung eines im Ausland erworbenen Studienabschlusses als Sozialarbeiter*in, Sozialpädagoge*in oder Elementarpädagoge*in bei der Senatorin für Kinder und Bildung beantragt? Wie viele Anträge wurden positiv und wie viele negativ beschieden? Bitte nach Kalenderjahren und Studienrichtungen aufschlüsseln.

9. Wie bewertet der Senat das Anerkennungsverfahren für akademische Sozial- und Erziehungsberufe bei der Senatorin für Kinder und Bildung? Sieht der Senat regelmäßig wiederkehrende Hürden, die zur Ablehnung von Anträgen führen? Sieht der Senat Möglichkeiten, das Verfahren zu verbessern?
10. In Bremen ist seit einiger Zeit der Quereinstieg (ggf. mit Nachqualifizierung) von fachnahen Berufsgruppen als pädagogische Fachkräfte möglich. Diese Regelung kann u.a. durch Personen mit einer Qualifikation als/in Beschäftigungs- und Arbeitstherapie, Diakon*in, Ergotherapie, Hebammen / Entbindungspfleger, Kinderkrankenschwestern und -pfleger, Kunstpädagogik, Logopädie, Motopädie, Musikpädagogik, Physiotherapie, Sportpädagogik oder Theaterpädagogik in Anspruch genommen werden. Gilt diese Möglichkeit des Quereinstiegs auch für Personen mit entsprechenden Qualifikationen aus dem Ausland? Wenn ja, wie viele haben dies bereits beantragt und wie wurden die Anträge beschieden? Gedenkt der Senat, die hier aufgezählten Berufe um ausländische Berufsbezeichnungen fachnaher Berufsgruppen zu erweitern? Wenn nein, warum nicht?
11. In Bremen und Bremerhaven werden auch Fachkräfte aus Spanien angeworben, die nach erfolgreichem Abschluss ihrer Qualifizierung und Bestehens des Kolloquiums als staatlich anerkannte Erzieher:in tätig sein können. Wie bewertet der Senat dieses Projekt? Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, weitere Fachkräfte in Sozial- und Erziehungsberufen durch entsprechende Anwerbungsprogramme zu gewinnen? Welche Länder eignen sich für solche Anwerbungsprogramme?
12. Wie werden die spanischen Fachkräfte eingruppiert? Sieht der Senat durch eine höhere Eingruppierung der Erzieher:innen Potenziale, die Beschäftigung in Bremen für ausländische Fachkräfte attraktiver zu machen?

II. Weitere Maßnahmen zur Personalgewinnung:

13. Auf Basis welcher kurz-, mittel und langfristigen Bedarfsprognosen für Erzieher*innen kalkuliert der Senat? Wie waren die Ergebnisse des Fachkräftemonitorings, das in Drucksache 20/199 vorgesehen war?
14. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, bereits die Ausbildung zur Sozialpädagogischen Assistenz zu vergüten/finanziell zu unterstützen/leistbarer und attraktiver zu machen?
15. Plant der Senat eine Ausweitung der PiA-Klassen und wenn ja, ab wann soll diese erfolgen? Welche finanziellen Mittel wären notwendig, um alle Weiterbildungsplätze zur*zum Erzieher*in in eine praxisintegrierte Weiterbildung umzuwandeln?
16. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, in Kindertagesstätten in Bremen und Bremerhaven Stellen für pädagogische Fachkräfte mit akademischen Abschlüssen zu schaffen bzw. attraktiver zu machen? Welche Abschlüsse kommen auch im Hinblick auf die Weiterentwicklung von multiprofessionellen Teams in den Einrichtungen in Frage?
17. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, Umzugsprämien für pädagogische Fachkräfte anzubieten, die zum Zwecke der Berufstätigkeit in diesem Feld nach Bremen und Bremerhaven ziehen?

18. Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Senat über das begrüßenswerte Verbleiben der „4-Quartalskinder“ in Krippengruppen hinaus, um pädagogische Fachkräfte in Kindertagesstätten zu entlasten, beispielsweise hinsichtlich Leitungs- und Anleitungsstunden oder Vor- und Nachbereitung?
19. Welche weiteren Möglichkeiten erwägt der Senat, um Lehrkräfte für die Schulen zu gewinnen, die Sozialindikator 4 oder 5 aufweisen? Wie beurteilt der Senat konkret die Möglichkeiten hinsichtlich
- a. Zuschlägen für die Tätigkeit in Schulen mit Sozialindikator 4 und 5;
 - b. Reduzierung des Stundendeputats für Lehrkräfte mit Sozialindikator 4 und 5;
 - c. Abordnung von Lehrkräften an unterbesetzte Schulen mit Sozialindikator 4 und 5?

Angesichts der Notwendigkeit, mehr Personal für unsere Schulen zu gewinnen, hat der Senat bereits vielfältige Maßnahmen ergriffen. So hat der Senat die Türen der Schulen im Land Bremen für die dafür qualifizierten Menschen geöffnet, die die Schülerinnen und Schüler gerne auf ihrem Bildungsweg begleiten, sie unterrichten und fit für die besten Zukunftschancen machen wollen.

Sowohl für Lehrkräfte als auch für sozialpädagogische Fachkräfte sind erfolgreiche Quereinstiegsmöglichkeiten etabliert worden, zuletzt mit dem Programm „back to school“, auf das seit Anfang des Jahres über 270 Bewerbungen eingegangen sind, über 50 Personen bereits ein Einstellungsangebot erhalten haben und mehr als 20 Personen schon in Bremer Schulen arbeiten.

Ein besonderes Potenzial bringen im Ausland qualifizierte Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte mit, die mit ihren sprachlichen Kompetenzen und ihrem kulturellen Hintergrund ein Schatz sind für die Diversität an unseren Schulen, für unsere bunte und vielfältige Schüler:innenschaft. Die nunmehr etablierte stärkere Berücksichtigung von beruflicher Erfahrung bei der Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Abschlüsse verringert die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen und verkürzt damit die Anerkennungsverfahren. Die im März 2023 beschlossene Erleichterung im BremLAG, nach der bereits das Vorliegen von Deutschkenntnissen auf C1-Niveau zum Unterrichten berechtigt, ermöglicht zusätzlichen zugewanderten Lehrkräften die Einstellung in den bremischen Schuldienst.

Der Senat ist bestrebt, die Berufstätigkeit an unseren Schulen und in unseren frühkindlichen Bildungseinrichtungen so attraktiv wie möglich zu gestalten. Mit der Erhöhung der Vergütung von Lehrkräften auf A13/EG 13 an allen Schulen punktet Bremen schon länger. Die Berücksichtigung der sozialen Situation und der besonderen Herausforderungen der Schülerinnen und Schüler bei der Ausstattung der Schulen erfolgt über den in Bremen etablierten Sozialindex, etwa im Rahmen der Zuweisungsrichtlinie (Schüler:innen-Lehrer:innen-Relation), bei der Schulsozialarbeit oder bei der Verteilung von Mitteln, über deren Einsatz die Schulen selbst entscheiden (Souveräne Verstärkungsmittel). Dennoch zeigt sich, dass die Personalversorgung an einigen Schulen deutlich schlechter ist als bei anderen, oft in geographischer Randlage oder schwieriger sozialer Lage der Schüler:innen. Zum Ausgleich dieses Ungleichgewichtes tragen auch Abordnungen bei. Dieses Instrument wird aus unterschiedlichsten Gründen bereits im Einvernehmen mit den betroffenen Personen und Schulen praktiziert. Sollte dies die Situation zu Beginn des kommenden Schuljahres nicht ausreichend entspannen, wird entsprechend der mit Personalrat, Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertretung vereinbarten guten Dienstvereinbarung vorgegangen werden.

Dies vorangestellt beantwortet der Senat die Große Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Personen haben seit der Einführung der „Verordnung zur Anerkennung ausländischer Lehrkräfteberufsqualifikationen in Bremen (AV-L)“ im Jahr 2019 einen Antrag auf Anerkennung ihres Abschlusses gemäß der Verordnung gestellt?
 - a) Bei wie vielen dieser Antragsteller*innen wurde gemäß § 4 Abs. 1 der AV-L eine Gleichwertigkeit des Abschlusses festgestellt und wie viele Antragsteller*innen haben daraufhin eine Tätigkeit als Lehrkraft in einer der Stadtgemeinden des Landes Bremen aufgenommen?
 - b) Wie vielen Antragsteller*innen wurde eine Ausgleichsmaßnahme gemäß § 4 Abs. 2 der AV-L angeboten und wie viele Antragsteller*innen haben auch tatsächlich die Ausgleichsmaßnahme angetreten?
 - c) Wie viele Anträge wurden abgelehnt und was waren die jeweiligen Gründe für eine Ablehnung?
Bitte alle Angaben nach Kalenderjahren aufschlüsseln und nach EU und Drittstaaten differenzieren.

Die Anzahl der gestellten Anträge stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Anzahl der Anträge gesamt	davon Ausbildung in EU-Staaten	davon Ausbildung in Drittstaaten
2019, ab 16.4.	42	6	36
2020	49	17	32
2021	37	7	30
2022	48	8	40
1.1.-21.02.2023	12	1	11

Die Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Qualifikation und die Möglichkeit der Teilnahme an einer Ausgleichsmaßnahme stellen sich zu 1. a) und b) wie folgt dar:

Bescheid im Jahr	Gleichwertigkeit mit Lehramt ohne Ausgleichsmaßnahmen		Anerkennung für 1 Fach ohne Ausgleichsmaßnahmen		Bescheid mit Auflage von Ausgleichsmaßnahmen	
	EU	Drittstaaten	EU	Drittstaaten	EU	Drittstaaten
2019 ab 16.04.	0	0	0	0	8	20
2020	1	1	0	0	4	10
2021	0	0	0	3	6	23
2022	1	0	0	4	8	24
1.1.-21.02.2023	0	0	0	1	3	13

Wie viele der Antragsteller:innen tatsächlich eine Tätigkeit als Lehrkraft in einer der Stadtgemeinden aufgenommen haben, kann aktuell nicht beantwortet werden. Bei der Prüfung der individuellen Einstellungsvoraussetzungen wird keine Statistik darüber geführt, ob die einzustellende Person eine herkömmliche Lehramtsqualifikation mitbringt oder aufgrund eines anerkannten gleichwertigen Abschlusses bzw. erst nach erfolgreichem Abschluss einer Ausgleichsmaßnahme eingestellt werden kann.

Zu b) Im Landesinstitut für Schule haben bisher 34 Personen ihre individuelle Ausgleichsmaßnahme im Sinne des berufspraktischen Anpassungslehrgangs angetreten.

Dies stellt sich für die jeweiligen Zulassungszeiträume wie folgt dar:

Platz erhalten	01.02.20	01.08.20	01.02.21	01.08.21	01.02.22	01.08.22	01.02.23	Gesamt
Gesamt:	3	6	6	3	4	9	3	34
EU:	0	3	4	1	1	4	0	13
Drittstaat:	3	3	2	2	3	5	3	21

An der Universität Bremen haben seit Einrichtung des wissenschaftlichen Anpassungslehrgangs im Sommersemester 2018 60 Personen die Ausgleichsmaßnahme begonnen. Davon kommen 15 aus einem EU- Mitgliedsland und 45 aus einem Nicht-EU-Staat.

Dies stellt sich für die jeweiligen Kalenderjahre wie folgt dar:

Kalender-jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Gesamt
Platz erhalten	12	11	15	10	9	3	60

Die begründete Ablehnung der Anerkennung der gleichwertigen ausländischen Qualifikation stellt sich zu 1. c) wie folgt dar:

Jahr	gesamt	davon EU	davon Drittstaaten	Gründe für eine Ablehnung						
				keine abgeschlossene Lehrkräfteausbildung	Beruf im Ausbildungsland nicht reglementiert	kein passendes Unterrichtsfach	keine Lehrkräfteausbildung	Ausbildung nicht an Hochschule	Aufenthaltort außerhalb EU	sonstige Gründe
2019 ab 16.04.	8	1	7	2	5 (Syrien)	1 (EU)	0	0	0	0
2020	4	1	3	für 2020 liegen keine Daten vor						
2021	14	4	10	6 (Türkei)	0	1 (EU)	0	2	1	4x: Fechttrainerin, fehlende Mitwirkung,...
2022	11	2	9	4	0	2	3 (2 EU)	0	1	1 x Vorschullehrerin
1.1.-21.02.2023	2	0	2	0	0	1	1	0	0	

2. Gibt es regelmäßig wiederkehrende Gründe, die zur Ablehnung des Antrags auf Anerkennung des Abschlusses führen und was unternimmt der Senat, um hierbei kurz- bzw. mittelfristig Abhilfe zu schaffen? (Z.B. mangelnde Sprachkenntnisse, kein ableitbares zweites Fach, etc.)

Die Anerkennung ausländischer Lehrkräfteberufsqualifikationen erfolgt gemäß Bremisches Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BremBQFG) und Verordnung zur Anerkennung ausländischer Lehrkräfteberufsqualifikationen in Bremen (AV-L).

Die AV-L regelt nicht nur die Bestimmung der Gleichwertigkeit der ausländischen Lehrkräfteberufsqualifikation mit einer „Lehramtsqualifikation“ in Bremen, sondern ebenso das Prüfverfahren und die Feststellung bezüglich der „Lehrbefähigung in einem Fach“. Voraussetzung für die Antragstellung ist eine abgeschlossene ausländische Lehrkräfteberufsausbildung. Verglichen werden die Dauer, Fächer, Inhalte und der Umfang der ausländischen mit der bremischen Ausbildung. Wesentliche Unterschiede können durch nachgewiesene einschlägige Berufserfahrungen oder sonstige nachgewiesene einschlägige Qualifikationen reduziert werden.

Werden alle Voraussetzungen erfüllt, wird direkt je nach Anzahl der Unterrichtsfächer entweder die „Lehramtsbefähigung“ oder die „Lehrbefähigung in einem Fach“ erteilt. Liegen wesentliche wissenschaftliche oder berufspraktische Abweichungen vor, die innerhalb von 3 Jahren ausgeglichen werden können, werden im Bescheid die erforderlichen „Ausgleichsmaßnahmen“ zum Erwerb der Gleichwertigkeit mit einer Lehramtsqualifikation und die „lehramtsbezogenen Qualifizierungsmaßnahmen“ zum Erwerb der Lehrbefähigung in einem Fach dargelegt.

Deutsche Sprachkompetenzen sind kein Kriterium der Anerkennung. Erst bei Aufnahme der unterrichtenden Tätigkeit im Lehramt müssen mindestens C1-Sprachkompetenzen vorliegen. Zur Unterstützung der Lehrkräfte mit ausländischer Lehrkräfteberufsqualifikation werden berufsbezogene Deutschsprachkurse beim Paritätischen Bildungswerk Bremen e.V. angeboten. Der Bund hat 2022 seine Finanzierung, welche für die Einrichtung und Erprobung dieser sehr erfolgreichen berufsbezogenen Sprachkurse für Lehrkräfte gedacht war, eingestellt. Die Senatorin für Kinder und Bildung konnte für 2023 die Finanzierung weiterhin sicherstellen und damit die Maßnahme aus dem Projektstatus heben und verstetigen.

Wiederkehrende Ablehnungsgründe kommen wie folgt vor:

- Es liegt keine abgeschlossene Lehrkräfteausbildung vor.
- Es handelt sich um ein reines Fachstudium ohne Schulbezug oder Befähigung zur Unterrichtstätigkeit.
- Es wurden Fächer studiert, die kein Unterrichtsfach in Bremen sind (z.B. Arabisch).
- Eine Lehrbefähigung in der Muttersprache kann europaweit nur aufgrund eines Fachstudiums festgestellt werden.
- Im Ausbildungsland ist der Beruf als Lehrkraft nicht reglementiert (s. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BremBQFG).
- Antragstellende leben außerhalb der EU, und es ist nicht absehbar, ob und wann sie tatsächlich nach Bremen einreisen werden.

- Die Ausbildung fand an keiner Hochschule statt bzw. die Hochschule ist nicht staatlich anerkannt.
- Antragstellende legen auch auf Nachfrage durch das Staatliche Prüfungsamt nicht immer alle Dokumente vor.

Es besteht keine Möglichkeit, für diese Ablehnungsgründe in Bremen Abhilfe zu schaffen. Auf Bundesebene wird hingegen aktuell beraten, die Dauer von 3 Jahren, in denen Ausgleichsmaßnahmen im Grundsatz erfolgreich absolviert worden sein müssen, zu erweitern. Dies soll die Aufnahme von Berufstätigkeit neben der Absolvierung von Ausgleichsmaßnahmen ebenso erleichtern wie das Absolvieren von Ausgleichsmaßnahmen in Teilzeit ermöglichen. Auch Personen mit im Ausland erworbener Qualifikation stehen selbstverständlich die in Bremen zuletzt etwa mit dem Programm „back to school“ deutlich erweiterten Quereinstiegsmöglichkeiten offen.

3. Erfolg der Ausgleichsmaßnahme (bitte auch Personen nennen, die im Nachholverfahren an der Universität sind)
- a) Wie viele Personen mit ausländischem Studienabschluss haben eine Ausgleichsmaßnahme nach § 4 Abs. 2 der AV-L aufgenommen und vor ihrem Ende abgebrochen? Was waren die jeweiligen Gründe hierfür?
 - b) Wie viele Personen haben die Abschlussprüfung am Ende der Ausgleichsmaßnahme nicht bestanden?
 - c) Wie viele Personen haben inzwischen eine Ausgleichsmaßnahme erfolgreich abgeschlossen?
 - d) Wie viele dieser Personen haben eine dauerhafte Anstellung als Lehrkraft in einer der Stadtgemeinden des Landes Bremen aufgenommen?

Zu a) bis c) in Bezug auf den Erfolg des berufspraktischen Anpassungslehrgangs am Landesinstitut für Schule:

Einstellungs-termin	Platz erhalten	Erfolgreich beendet	Nicht bestanden	abgebrochen	Noch aktiv
01.02.2020					
Gesamt:	3	2	0	1	0
EU:	0	0	0	0	0
Nicht EU:	3	2	0	1	0
01.08.2020					
Gesamt:	6	6	0	0	0
EU:	3	3	0	0	0
Nicht EU:	3	3	0	0	0
01.02.2021					
Gesamt:	6	6	0	0	0
EU:	4	4	0	0	0
Nicht EU:	2	2	0	0	0
01.08.2021					
Gesamt:	3	3	0	0	0
EU:	1	1	0	0	0
Nicht EU:	2	2	0	0	0
01.02.2022					
Gesamt:	4	3	0	0	1
EU:	1	1	0	0	0
Nicht EU:	3	2	0	0	1

01.08.2022					
Gesamt:	9	2	0	1	6
EU:	4	0	0	1	3
Nicht EU:	5	2	0	0	3
01.02.2023					
Gesamt:	3	0	0	0	3
EU:	0	0	0	0	0
Nicht EU:	3	0	0	0	3
Gesamt					
Gesamt:	34	22	0	2	10
EU:	13	9	0	1	3
Nicht EU:	21	13	0	1	7

Im Landesinstitut für Schule haben somit bisher zwei Personen die Ausgleichsmaßnahme abgebrochen. Beide haben angegeben, eine andere Lebensplanung getroffen zu haben.

Alle anderen Personen, die die Ausgleichsmaßnahme im Sinne des berufspraktischen Anpassungslehrgangs am Landesinstitut für Schule angetreten haben, haben diese auch erfolgreich beendet (22). Derzeit befinden sich zehn Personen in einer Ausgleichsmaßnahme.

Zu a) bis c) in Bezug auf den Erfolg des wissenschaftlichen Anpassungslehrgangs an der Universität Bremen:

Jahr	Studienanfänge	Erfolgreiche beendet	Nicht bestanden
2018	12	0	0
2019	11	2	0
2020	15	9	0
2021	10	6	0
2022	9	11	0
2023	3	0	0
Gesamt	60	28	0

An der Universität Bremen haben insgesamt 28 Personen den wissenschaftlichen Anpassungslehrgang zum aktuellen Zeitpunkt erfolgreich absolviert. 20 weitere Personen befinden sich aktuell in der Maßnahme. Den wissenschaftlichen Teil der Anpassungsmaßnahme haben bislang 12 Personen abgebrochen. Die Gründe hierfür sind z. T. individueller Natur (z.B. Erkrankung, Umzug, Schwierigkeiten mit den Anforderungen des Studiums).

Eine weitere Problematik ist die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie bzw. die Mehrfachbelastung, die durch die notwendige parallele Finanzierung des Lebensunterhalts sowie Familienaufgaben entsteht. Vielfach arbeitet die Zielgruppe sowohl zur Sicherung des Lebensunterhaltes als auch aus Interesse an der Ausübung ihres Berufes vielfach bereits in Schule, z.T. mit hoher Stundenanzahl.

Der Anpassungslehrgang darf gemäß § 11 Abs. 1 BremBQFG i. V. m. § 7 Abs. 1 S. 2 AV-L insgesamt höchstens drei Jahre dauern. Diese Rechtsgrundlage setzt die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen um. Insofern entsteht ein zusätzlicher Zeitdruck, der sich unter den gegebenen rechtlichen Vorgaben jedoch nicht vermeiden lässt. Um Härtefälle gleichwohl zu vermeiden, ermöglicht das Staatliche Prüfungsamt gemäß § 26 Abs. 3 AV-L aber eine Verlängerung, wenn die Zusatzausbildung aus nicht von der teilnehmenden Person zu vertretenden Gründen für längere Zeit unterbrochen wird. Die Verlängerung umfasst dann den Unterbrechungszeitraum, sodass in den meisten Fällen eine Lösung gefunden werden kann.

Der wissenschaftliche Anpassungslehrgang sieht keine Abschlussprüfung vor. Vielmehr sind die in Modulen angelegten, im regulären Curriculum integrierten, Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen. Der Universität Bremen ist kein Fall bekannt, in dem die Ausgleichsmaßnahme aufgrund einer nicht bestandenen Prüfungsleistung abgebrochen/beendet wurde.

Zu c) Die Anzahl der Personen, die eine Ausgleichsmaßnahme erfolgreich abgeschlossen und die Anerkennung der ausländischen Lehrkräfteberufsqualifikation in Bremen erhalten haben, stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Ausgleichsmaßnahmen abgeschlossen		
	gesamt	EU	Drittstaaten
2019	keine Daten vorhanden		
2020	5	2	3
2021	10	3	7
2022	13	4	9
1.1.- 21.02.2023	5	0	5

Zu d) Es wird keine Statistik darüber geführt, ob einzustellende Personen eine herkömmliche Lehramtsqualifikation mitbringen oder aufgrund eines anerkannten gleichwertigen Abschlusses bzw. erst nach erfolgreichem Abschluss einer Ausgleichsmaßnahme eingestellt werden können.

Für die Jahre 2021 und 2022 konnte recherchiert werden, dass 9 Personen im Jahr 2021 und 6 Personen im Jahr 2022 mit einem anerkannten ausländischen Abschluss (ggf. erst nach Abschluss einer Ausgleichsmaßnahme) als Lehrkräfte eingestellt wurden. Nachdem nur vereinzelt eine Anerkennung der Gleichwertigkeit ohne Ausgleichsmaßnahme erfolgt, kann davon ausgegangen werden, dass der überwiegende Teil eine Ausgleichsmaßnahme absolviert und abgeschlossen hat.

4. Wie bewertet der Senat nach mehrjähriger Erfahrung sowohl das Anerkennungsverfahren durch die AV-L als auch die Ausgleichsmaßnahmen? Welchen Verbesserungsbedarf sieht der Senat?

Die Anerkennungsverfahren wurden insbesondere dadurch erleichtert, dass das Staatliche Prüfungsamt seit kurzem nicht mehr in jedem Einzelfall die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) in Bonn miteinbezieht. Der Verzicht auf diese Bewertung ist dann möglich, wenn bereits identische oder fachlich vergleichbare Fälle vorliegen, auf die begründet und nachweisbar Bezug genommen wird. Somit bleibt die Transparenz und Klarheit der Kriterien bei deutlicher Beschleunigung der Verfahren erhalten. Zudem werden künftig in Anerkennungsverfahren einschlägige Berufstätigkeiten und sonstige nachgewiesene einschlägige Qualifikationen nicht nur im Ausland, sondern ebenso im Inland stärker berücksichtigt. Dies führt zu einer deutlichen Reduzierung der berufsbezogenen Ausgleichs- oder Qualifizierungsmaßnahmen und damit zu einer Erleichterung der Verfahren. Weiterhin ist die Verständlichkeit der Bescheide erhöht worden und die Beratung zur Nutzung der „Lehrbefähigung in einem Fach“ sichergestellt.

Es werden besondere Herausforderungen hinsichtlich der Gewinnung von Lehrkräften mit ausländischer Lehrkräfteberufsqualifikationen gesehen. Notwendig ist die weitere Ermöglichung der berufsbezogenen Deutschsprachkurse für Lehrkräfte mit ausländischer Lehrkräfteberufsqualifikation.

5. Wurde aufgrund der aktuellen Krisensituation das Verfahren zur Anerkennung von Lehramtsabschlüssen aus der Ukraine im Jahr 2022 beschleunigt? Falls ja, wie sind die Erfahrungen mit dieser Beschleunigung und ließe sich auf der Grundlage dieser Erfahrung auch das allgemeine Anerkennungsverfahren für ausländische Lehramtsabschlüsse beschleunigen? Falls nein, welche Gründe sprachen gegen eine Beschleunigung des Verfahrens?

Das Anerkennungsverfahren konnte hinsichtlich der antragstellenden ukrainischen Lehrkräfte insbesondere dadurch beschleunigt werden, die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) nicht mehr in jedem Einzelfall hinzuzuziehen. (vgl. Antwort 4) Diese Möglichkeit wird in Bremen – wie auch in anderen Bundesländern - vermehrt genutzt. Ergänzend werden in Bremen die unter 4. beschriebenen Maßnahmen zur Beschleunigung der Verfahren durchgeführt. Wichtig ist hierbei nicht zuletzt die Sicherstellung der guten Beratung. Ergänzend zur Anerkennungsberatung in der Arbeitnehmerkammer Bremen und zu dem Beratungsangebot von Frauen in Arbeit und Wirtschaft e. V. berät das Staatliche Prüfungsamt die antragstellenden Personen bei Bedarf noch intensiver zu Anerkennungsfragen, zum Anerkennungsverfahren und zu den Bescheiden.

Die Senatorin für Kinder und Bildung sorgt zudem für die Förderung berufsbezogener deutscher Sprachkompetenzen. Der Bund hatte die Entwicklung und Durchführung von „berufsbezogenen Deutschsprachkursen und Prüfungen C1-C2“ finanziell angeschoben und dadurch maßgeblich ermöglicht. Die Anschubfinanzierung des Bundes bis Ende 2022 wurde vom IQ-Netzwerk in Bremen, das sich in Zusammenarbeit mit der Senatorin für Kinder und Bildung mit der Senatorin für Wissenschaft und Häfen, der Universität Bremen, mit dem Goethe-Institut und dem Landesinstitut für Schule abstimmt, für die Erarbeitung eines kompetenzorientierten sowie schulbezogenen Ausbildungsmodells für Lehrkräfte genutzt. Inzwischen werden die berufsbezogenen Deutschsprachkurse für Lehrkräfte in Bremen vom Paritätischen Bildungswerk Bremen e.V. (PBW) durchgeführt.

Für 2023 – nach Beendigung der Finanzierung durch den Bund – finanziert die Senatorin für Kinder und Bildung die Fortsetzung dieser berufsbezogenen Deutschsprachkurse, da diese Kurse an den individuellen Voraussetzungen der Lehrkräfte anknüpfen, die Schulrealität im Blick haben und deshalb so erfolgreich sind. Für 2023 konnte eine Finanzierung von bislang zwei berufsbezogenen Deutschsprachkursen für Lehrkräfte ermöglicht werden. Unter Berücksichtigung des aktuellen Bedarfs soll ein weiterer berufsbezogener Deutschsprachkurs über das Paritätische Bildungswerk e. V. angeboten werden.

6. Wie viele Personen haben seit 2019 die Anerkennung eines im Ausland erworbenen Abschlusses als Erzieher*in, Kinderpfleger*in, Heilerziehungspfleger*in oder in einem pädagogischen Assistenzberuf bei der Senatorin für Kinder und Bildung beantragt? Wie viele Anträge wurden positiv und wie viele negativ beschieden? Bitte nach Kalenderjahren und Professionen aufschlüsseln sowie nach EU und Drittstaaten differenzieren.

Anträge EU	2019	2020	2021	2022
Erzieher:in	Gesamt: 12 Positiv: 2 Negativ: 9	Gesamt: 32 Positiv: 26 Negativ: 6	Gesamt: 31 Positiv: 27 Negativ: 4	Gesamt: 74 Positiv: 33 Negativ: 41
Heilerziehungspfleger:in	Gesamt: 1 Positiv: 0 Negativ: 1	Gesamt: 0 Positiv: 0 Negativ: 0	Gesamt: 0 Positiv: 0 Negativ: 0	Gesamt: 1 Positiv: 0 Negativ: 1
Sozialpädagogische:r Assistent:in	Gesamt: 9 Positiv: 8 Negativ: 1	Gesamt: 13 Positiv: 13 Negativ: 0	Gesamt: 40 Positiv: 40 Negativ: 0	Gesamt: 18 Positiv: 18 Negativ: 0
Kinderpfleger:in	Gesamt: 0 Positiv: 0 Negativ: 0	Gesamt: 0 Positiv: 0 Negativ: 0	Gesamt: 0 Positiv: 0 Negativ: 0	Gesamt: 1 Positiv: 0 Negativ: 1

Anträge Drittstaaten	2019	2020	2021	2022
Erzieher:in	Gesamt: 31 Positiv: 1 Negativ: 30	Gesamt: 25 Positiv: 5 Negativ: 20	Gesamt: 25 Positiv: 8 Negativ: 15	Gesamt: 27 Positiv: 9 Negativ: 15
Heilerziehungspfleger:in	Gesamt: 1 Positiv: 1 Negativ: 0	Gesamt: 0 Positiv: 0 Negativ: 0	Gesamt: 2 Positiv: 2 Negativ:	Gesamt: 0 Positiv: 0 Negativ: 0
Sozialpädagogische:r Assistent:in	Gesamt: 4 Positiv: 2 Negativ: 2	Gesamt: 21 Positiv: 21 Negativ: 0	Gesamt: 2 Positiv: 1 Negativ: 1	Gesamt: 4 Positiv: 4 Negativ: 0
Kinderpfleger:in	Gesamt: 0 Positiv: 0 Negativ: 0	Gesamt: 1 Positiv: 0 Negativ: 1	Gesamt: 0 Positiv: 0 Negativ: 0	Gesamt: 0 Positiv: 0 Negativ: 0

Bei den negativen Bescheiden aus dem Jahr 2022 im Bereich der Erzieher:innen, handelt es sich meist um einen ersten Bescheid, der darauf hinweist, dass durch das Absolvieren eines Anpassungslehrganges (Module beim Paritätischen Bildungswerk e. V.) ein positiver Bescheid erwirkt werden kann. Diese Möglichkeit wird durch die Antragstellenden in der Regel auch genutzt.

7. Wie bewertet der Senat das Anerkennungsverfahren für schulische Sozial- und Erziehungsberufe bei der Senatorin für Kinder und Bildung? Sieht der Senat regelmäßig wiederkehrende Hürden, die zur Ablehnung von Anträgen führen? Sieht der Senat Möglichkeiten, das Verfahren zu verbessern und so die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen zu erleichtern?

Für den Beruf „Staatlich anerkannte:r Erzieher:in“ erfolgt die Anerkennung auf Grundlage des BremBQFG, der Verordnung zur staatlichen Anerkennung von Erzieher:innen im Lande Bremen (Anerkennungsverordnung) und die Verordnung über die Fachschule für Sozialpädagogik. Da der Weg zur staatlich anerkannten Erzieher:in in der Regel 2-phasig verläuft (2 Jahre Fachschule/staatlich geprüfte Erzieher:in; 1 Jahr Berufspraktikum/staatlich anerkannte Erzieher:in), teilt sich auch die Feststellung der Gleichwertigkeit der im Ausland erlangten Berufsabschlüsse mit dem Referenzberuf der Erzieher:in in zwei Abschnitte. Zunächst erfolgt eine Überprüfung durch das Referat 22, bei welcher die Studieninhalte und der –umfang mit denen der bremischen Weiterbildung abgeglichen werden. Ebenso wird überprüft, ob die Ausbildungsstätte zum Zeitpunkt der Ausbildung akkreditiert und vergleichbar mit einer deutschen Fachschule war. Wird eine Gleichwertigkeit festgestellt oder konnten wesentliche Unterschiede ausgeglichen werden, erfolgt die Gleichstellung als staatlich geprüfte:r Erzieher:in.

Bei der Überprüfung der Gleichwertigkeit des ausländischen Abschlusses mit denen einer bremischen Weiterbildung zur/m staatlich geprüften Erzieher:in wird in Bremen auch immer geprüft, ob mindestens eine Gleichwertigkeit zur/m staatlich geprüften Sozialpädagogischen Assistent:in besteht und gegebenenfalls eine entsprechende Gleichstellung ausgestellt.

Das weitere Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit mit dem reglementierten Berufsabschluss staatlich anerkannte Erzieher:in ist in § 23 Anerkennungsverordnung geregelt. Hier liegt die Zuständigkeit im Referat 31. Demnach wird die staatliche Anerkennung erteilt, wenn die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes gegeben ist, die Kriterien der Verordnung erfüllt werden und ein Sprachnachweis (Stufe B2) vorliegt.

Entspricht die gegebene Qualifikation nicht den Anforderungen, so kann die staatliche Anerkennung unter Beachtung von der erfolgreichen Ableistung eines Anpassungslehrganges oder dem Bestehen einer Eignungsprüfung abhängig gemacht werden.

Im Verfahren begründete regelmäßig wiederkehrende Hürden, die zur Ablehnung von Anträgen führen, sind nicht erkennbar. Der/Die Antragstellende erhält eine Ablehnung, wenn eine andere Ausbildung absolviert wurde und somit ein anderer Zielberuf (Lehrer:in, Psycholog:in) vorliegt. Ein entsprechender Verweis für die Anerkennung wird gegeben. Nichtsdestotrotz strebt der Senat die weitere Erleichterung der Anerkennungsverfahren, etwa durch Unterstützung bei der Vorlage der notwendigen Unterlagen oder eine intensivere Beratung, an.

Um das Anerkennungsverfahren für die Antragsteller:innen zu verbessern, arbeitet die Senatorin für Kinder und Bildung zudem daran, das Verfahren so zu verändern, das zukünftig nur noch ein einziger Antrag auf Gleichstellung des im Ausland erworbenen Berufsabschlusses Erzieher:in mit dem Referenzberuf „Staatlich anerkannte:r Erzieher:in“ erforderlich ist. Derzeit sind über die bisherige 2-Phasigkeit auch zwei Anträge notwendig. Ziel ist es, das Verfahren dadurch zeitlich zu verkürzen und für Antragsteller:innen zu erleichtern.

8. Wie viele Personen haben seit 2019 die Anerkennung eines im Ausland erworbenen Studienabschlusses als Sozialarbeiter*in, Sozialpädagoge*in oder Elementarpädagoge*in bei der Senatorin für Kinder und Bildung beantragt? Wie viele Anträge wurden positiv und wie viele negativ beschieden? Bitte nach Kalenderjahren und Studienrichtungen aufschlüsseln.

Anträge	2019	2020	2021	2022
Soziale Arbeit	Gesamt: 4 Positiv: 3 Negativ: 1	Gesamt: 7 Positiv: 6 Negativ: 1	Gesamt: 4 Positiv: 4 Negativ: 0	Gesamt: 2* Positiv: 0 Negativ: 0
Elementarpädagoge:in	Gesamt: 4 Positiv: 4 Negativ: 0	Gesamt: 4 Positiv: 3 Negativ: 1	Gesamt: 1 Positiv: 1 Negativ: 0	Gesamt: 1 Positiv: 1 Negativ: 0

* aktuell noch nicht beschieden

9. Wie bewertet der Senat das Anerkennungsverfahren für akademische Sozial- und Erziehungsberufe bei der Senatorin für Kinder und Bildung? Sieht der Senat regelmäßig wiederkehrende Hürden, die zur Ablehnung von Anträgen führen? Sieht der Senat Möglichkeiten, das Verfahren zu verbessern?

Die Gleichstellung der im Ausland erworbenen akademischen Sozial- und Erziehungsberufe (hier: Soziale Arbeit und Elementarpädagogik) erfolgt auf Grundlage des Bremischen Gesetzes über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen (BremBQFG) sowie der Verordnung zur staatlichen Anerkennung als Sozialarbeiterin oder Sozialarbeiter bzw. der Verordnung zur staatlichen Anerkennung als Elementarpädagogin oder Elementarpädagoge.

Basierend auf einem Gutachten der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) erfolgt die Bescheiderteilung bzgl. der Gleichstellung des im Ausland erworbenen Abschlusses durch die Senatorin für Kinder und Bildung. Ist dieses Gutachten positiv, so ist seitens der Antragstellenden der Nachweis über Deutschkenntnisse gemäß C1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) einzureichen. Analog zu den Absolvent:innen der deutschen Studiengänge Soziale Arbeit oder Elementarpädagogik folgt dann das einjährige Berufspraktikum sowie die Erlangung der staatlichen Anerkennung durch erfolgreiches Bestehen des Kolloquiums.

Eine wiederkehrende Hürde nach der positiven Gleichstellung mit einem deutschen Universitätsabschluss (Bachelor) stellt die Anforderung von Deutschkenntnissen gemäß C1 dar. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass mit der Gleichstellung des akademischen Abschlusses die Zugangsberechtigung für eine weitere akademische Bildung (Master) verbunden ist.

Bei der Senatorin für Kinder und Bildung wird aktuell geprüft, ob und wie das Anerkennungsverfahren für die Antragstellenden zu optimieren ist.

10. In Bremen ist seit einiger Zeit der Quereinstieg (ggf. mit Nachqualifizierung) von fachnahen Berufsgruppen als pädagogische Fachkräfte möglich. Diese Regelung kann u.a. durch Personen mit einer Qualifikation als/in Beschäftigungs- und Arbeitstherapie, Diakon*in, Ergotherapie, Hebammen / Entbindungspfleger, Kinderkrankenschwestern und -pfleger, Kunstpädagogik, Logopädie, Motopädie, Musikpädagogik, Physiotherapie, Sportpädagogik oder Theaterpädagogik in Anspruch genommen werden. Gilt diese Möglichkeit des Quereinstiegs auch für Personen mit entsprechenden Qualifikationen aus dem Ausland? Wenn ja, wie viele haben dies bereits beantragt und wie wurden die Anträge beschieden? Gedenkt der Senat, die hier aufgezählten Berufe um ausländische Berufsbezeichnungen fachnaher Berufsgruppen zu erweitern? Wenn nein, warum nicht?

Die sogenannte „Quereinsteigermaßnahme“ wird in Bremen seit 2020 angeboten und ist ein Qualifizierungsprogramm für den Einsatz als Gruppenleitung in bremischen Kindertageseinrichtungen. Dieses Programm führt nicht zum Abschluss „staatlich geprüfte oder staatlich anerkannte Erzieher:in“.

Teilnehmen können alle Interessierten, die bereits eine umfangreiche Vorbildung aufgrund einer Berufsausbildung oder eines Studiums im sozialen bzw. pädagogischen Bereich haben. Dies gilt unabhängig davon, ob der Abschluss im In- oder Ausland erworben wurde.

Neben einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss im Haupt- oder Nebenfach Pädagogik, gelten auch die oben unter 10. benannten sog. fachnahen Berufs- oder Hochschulabschlüsse als Zulassungsvoraussetzung für die Teilnahme an der „Quereinsteigermaßnahme“. Für den Fall, dass die benannten Abschlüsse im Ausland erworben wurden, ist ein entsprechender Anerkennungsbescheid nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) erforderlich, der die benannten Abschlüsse mit den jeweiligen deutschen Abschlüssen gleichstellt.

Anträge von Personen mit einem im Ausland erworbenen fachaffinen Berufsabschluss bzw. eines Studiums im sozialen bzw. pädagogischen Bereich und in Deutschland gleichgestellten Abschluss liegen nicht vor.

Bei der Aufzählung der unter 10. benannten Berufsabschlüsse handelt es sich nicht um eine abschließende Aufzählung von fachaffinen Berufsgruppen. Der Begriff „fachnah“ stellt die notwendige Nähe zu den Weiterbildungsinhalten der Erzieher:innen bzw. Studieninhalten der Elementarpädagog:innen her. Allen Abschlüssen gemeinsam ist ein Mindestanteil an Vorkenntnissen in Pädagogik der Kindheit und der Entwicklungspsychologie. Zur Sicherstellung dieser Voraussetzung werden Ausbildungs- bzw. Studienunterlagen mit den Weiterbildungsanforderungen zum/zur staatlich geprüften Erzieher:in verglichen. Unabhängig von der jeweiligen im Ausland geführten Berufsbezeichnung ist eine Teilnahme an der „Quereinsteigermaßnahme“ möglich, sofern ein anerkannter Berufsabschluss vorliegt und die Mindestanforderungen im Bereich der Pädagogik der Kindheit und der Entwicklungspsychologie erfüllt sind.

11. In Bremen und Bremerhaven werden auch Fachkräfte aus Spanien angeworben, die nach erfolgreichem Abschluss ihrer Qualifizierung und Bestehens des Kolloquiums als staatlich anerkannte Erzieher:in tätig sein können. Wie bewertet der Senat dieses Projekt? Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, weitere Fachkräfte in Sozial- und Erziehungsberufen durch entsprechende Anwerbungsprogramme zu gewinnen? Welche Länder eignen sich für solche Anwerbungsprogramme?

Bei der Maßnahme „Spanische Fachkräfte“ handelt es sich um ein gemeinsames Projekt mit der Bundesagentur für Arbeit. Die Vermittlung erfolgt durch die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit in Kooperation mit der Agentur PractiGo, die die spanischen Fachkräfte auch hier in Bremen vor Ort betreut.

Seit 2020 startet die Stadtgemeinde Bremen jährlich zwei Durchgänge mit jeweils maximal 24 spanischen Fachkräften. Vor jedem Durchgang werden in Madrid oder Barcelona (Partnerstädte der Bundesagentur für Arbeit) entsprechende Annoncen geschaltet. Die Auswahl der Interessierten erfolgt in Spanien unter Berücksichtigung der in Bremen geltenden Anforderungen für den Beruf des/der Erzieher:in, um hier in kurzer Zeit die staatliche Anerkennung zum/zur Erzieher:in zu erhalten. Ziel der spanischen Fachkräfte ist die Berufsausübung als staatlich anerkannte:r Erzieher:in in Bremen. Anschließend nehmen die ausgewählten Fachkräfte in Spanien an dem durch die Bundesagentur finanzierten Deutschkurs teil, der mit dem Sprachniveau B1 GER abschließt. Danach erfolgt die Zuweisung der ausgewählten Teilnehmer:innen durch die Bundesagentur.

In Bremen angekommen, werden die Fachkräfte durch die Agentur PractiGo in Empfang genommen. Es folgt eine 9-monatige modulare fachliche und fachsprachliche (B2 GER) Qualifizierung am Paritätischen Bildungswerk Bremen e. V., ergänzt um eine 3-monatige Vorbereitung auf das Kolloquium. Parallel arbeiten die spanischen Fachkräfte bereits vom ersten Tag an in stadtbremischen Einrichtungen, um das notwendige Praxiswissen für den Beruf der Erzieherin /des Erziehers zu erlangen. Nach 9 Monaten erhalten die spanischen Fachkräfte die Gleichstellung zum/zur staatlich geprüften Erzieher:in. Nach weiteren 3 Monaten kann die Anmeldung zum Kolloquium erfolgen. Über den gesamten Qualifizierungsweg werden die spanischen Fachkräfte durch die Agentur PractiGo eng betreut und begleitet.

Bis Ende 2022 sind über diesen Weg insgesamt 110 spanische Fachkräfte in die Stadt Bremen gekommen. Ca. 70 Personen haben die Qualifizierungsmaßnahme beendet. Zu Buche schlagen hier insbesondere die besonderen Herausforderungen der Tätigkeit und auch des Einlebens in Bremen unter den stark einschränkenden Pandemiebedingungen.

Sowohl die teilnehmenden Einrichtungen als auch die spanischen Fachkräfte selbst bewerten diese Maßnahme als Erfolg. Ausschlaggebend dafür ist insbesondere die intensive und professionelle Betreuung durch die Agentur PractiGo, welche sich während der gesamten Qualifizierungsphase für alle auftretenden Belange an den Qualifizierungsorten Schule und Praxis bezogen auf jede einzelne Fachkraft aktiv einsetzt.

Der Erfolg der Maßnahme hat dazu geführt, dass auch die Stadtgemeinde Bremerhaven seit Herbst 2022 die Maßnahme „Spanische Fachkräfte“ in dem vorbenannten Format für die Fachkräftegewinnung übernommen hat.

Soweit die Bundesagentur für Arbeit und die ZAV auch in anderen (europäischen) Staaten ein entsprechendes Anwerbeverfahren gemeinsam mit einer in Bremen ansässigen Betreuungsagentur etabliert hat, ist dies ein Weg, um nicht nur Fachkräfte in Sozial- und Erziehungsberufen zu gewinnen, sondern sie auch in kurzer Zeit für den jeweiligen Beruf nachzuqualifizieren.

Welche Länder sich neben Spanien für eine solche Art der Anwerbung eignen, ist aktuell nicht bekannt und kann nur von der Agentur für Arbeit bzw. der ZAV beurteilt werden.

12. Wie werden die spanischen Fachkräfte eingruppiert? Sieht der Senat durch eine höhere Eingruppierung der Erzieher:innen Potenziale, die Beschäftigung in Bremen für ausländische Fachkräfte attraktiver zu machen?

Beginnend mit dem ersten Tag der praxisintegrierten Qualifizierung erhalten die spanischen Fachkräfte in bremischen Einrichtungen ein Gehalt gemäß S4 TVöD-SuE in Höhe von mindestens 2.730,63 €. Bei der Höhe der Eingruppierung ist die Qualifikation der nach Bremen kommenden Fachkräfte berücksichtigt. Voraussetzung für die Eingruppierung ist ein spanischer Hochschulabschluss (Bachelor oder Master) als Erzieher:in, sowie nachgewiesene Deutschsprachkenntnisse auf dem Niveau B1 nach dem europäischen Referenzrahmen vor der Einreise nach Bremen. Die Höhe der Eingruppierung sichert den Fachkräften schon während der Zeit der mind. 12-monatigen Qualifizierungsphase bis zur Anerkennung als „Staatlich anerkannte:n Erzieher:in“ die Möglichkeit einer eigenständigen Lebensführung.

Eine höhere Eingruppierung würde zu einem Nachteil der deutschen Abschlüsse führen und es wären ggf. weniger Menschen in Bremen für eine Weiterbildung bereit. Eine Anhebung der Eingruppierung insgesamt (sowohl für deutsche als auch ausländische Kräfte) würde den Berufsbereich attraktiver machen.

13. Auf Basis welcher kurz-, mittel und langfristigen Bedarfsprognosen für Erzieher*innen kalkuliert der Senat? Wie waren die Ergebnisse des Fachkräftemonitorings, das in Drucksache 20/199 vorgesehen war?

Die Ermittlung der Personalbedarfe sozialpädagogischer Fachkräfte für die Stadtgemeinde Bremen erfolgt auf Basis der gerade aktualisierten und auf eine realistische Berechnungsgrundlage gestellten Ausbauplanung für die Angebote der Kindertagesbetreuung in der Stadtgemeinde Bremen bis zum Kindergartenjahr 2028/29. Das Fachkräftemonitoring wird auf dieser Basis aktualisiert.

Der Magistrat rechnet aufgrund des Ausbaus der Kindertagesbetreuung, aufgrund von Verrentung und Wegzügen mit einem Bedarf von durchschnittlich 100 pädagogischen Fachkräften pro Jahr.

Für den Schulbereich wird aktuell an einer Bedarfsprognose gearbeitet. Das in Drucksache 20/199 beauftragte Fachkräftemonitoring bezog sich ausschließlich auf den Bereich der Kindertagesbetreuung.

14. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, bereits die Ausbildung zur Sozialpädagogischen Assistenz zu vergüten/finanziell zu unterstützen/leistbarer und attraktiver zu machen?

Grundsätzlich handelt es sich bei der Ausbildung zur Sozialpädagogischen Assistenz um einen nach Landesrecht geregelten vollschulischen Bildungsgang. Der Bildungsgang der Berufsfachschule für sozialpädagogische Assistenz ist nach dem BAföG im Verzeichnis der förderungsfähigen Ausbildungsstätten aufgenommen. Schüler:innen dieses Bildungsgangs haben somit die Möglichkeit BAföG zu beantragen.

Im Rahmen der von der Senatorin für Kinder und Bildung ins Leben gerufenen „Verantwortungsgemeinschaft für die Ausbildung“, in der die notwendige Weiterentwicklung der berufsfachschulischen und fachschulischen Aus- und Weiterbildungen kooperativ, gemeinsam mit den Schulleitungen, der Senatorin für Kinder und Bildung, der verantwortlichen Fachpolitik, den Trägern, den Beschäftigten, ihren Interessenvertretungen und den Gewerkschaften sowie der Wissenschaft konzeptioniert und begleitet werden soll, wird insbesondere auch die (finanzielle) Attraktivierung der berufsqualifizierenden Erstausbildung in den Blick genommen. Als erste schnell umsetzbare Maßnahme kommt

die Ausweitung der für Fachschüler:innen in der Weiterbildung zum/zur Erzieher:in (Vollzeit und Teilzeit) bereits etablierten Maßnahme der jährlichen „Pauschalleistungen“ auf weitere Ausbildungsgänge – darunter auch Sozialpädagogische Assistenzen und Kinderpfleger:innen – in Betracht.

Diese Pauschalleistungen wurden in den Jahren 2021 und 2022 von ca. 92% aller Antragsberechtigten in Anspruch genommen und werden explizit als eine sinnvolle Unterstützung und Wertschätzung erfahren. Durch eine Verstärkung der Beratung soll erreicht werden, dass alle Anspruchsberechtigten diese Leistungen auch in Anspruch nehmen.

15. Plant der Senat eine Ausweitung der PiA-Klassen und wenn ja, ab wann soll diese erfolgen? Welche finanziellen Mittel wären notwendig, um alle Weiterbildungsplätze zur*zum Erzieher*in in eine praxisintegrierte Weiterbildung umzuwandeln?

Der Senat plant zum Schuljahr 2023/24 eine Fortsetzung des PiA-Modells (PiA 6.0) im Umfang von drei Klassenverbänden. Dies entspricht einer Ausweitung um 50% und deckt die Zahl der formal geeigneten Bewerbungen des vergangenen Jahres ab. Perspektivisch wird eine Verdreifachung der PiA-Plätze angestrebt.

Das PiA-Format kann aufgrund der gegebenen Theorie-Praxis-Aufteilung ausschließlich in Vollzeit absolviert werden und ist somit etwa für die Zielgruppe der Alleinerziehenden weniger attraktiv. Dies wäre bei einer Umwandlung aller Weiterbildungsplätze in ein praxisintegriertes Format zu berücksichtigen.

Die Kosten für einen PiA-Durchgang (drei Ausbildungsjahre) mit 3 Klassenverbänden je 25 Teilnehmenden belaufen sich auf 6,3 Mio. Euro, das entspricht 84.000 Euro pro PiA-Schulplatz. Die Kosten für einen Weiterbildungsplatz in der Integrierten Regelausbildung (InRa) an den öffentlichen Fachschulen inklusive dem sich daran anschließenden, vergüteten Berufspraktikum belaufen sich auf 42.500 Euro. Dieser Unterschied resultiert primär daraus, dass während der beiden fachschulischen Weiterbildungsjahre keine Vergütung gezahlt wird, sondern die Fachschüler:innen vergleichbare Leistungen zum Lebensunterhalt über das „Aufstiegs-BAFöG“ erhalten.

Ausgehend von den im Schuljahr 2022/23 belegten 226 Fachschulplätzen im 1. Weiterbildungsjahr (Vollzeit) wären bei einer vollständigen Umstellung auf das PiA-Format zusätzliche Mittel in Höhe von knapp 19 Mio. Euro pro Jahrgang notwendig.

16. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, in Kindertagesstätten in Bremen und Bremerhaven Stellen für pädagogische Fachkräfte mit akademischen Abschlüssen zu schaffen bzw. attraktiver zu machen? Welche Abschlüsse kommen auch im Hinblick auf die Weiterentwicklung von multiprofessionellen Teams in den Einrichtungen in Frage?

Die Bildung von Teams mit verschiedenen Qualifikationen, fachlichen Schwerpunkten, Mehrsprachigkeit und breitem Erfahrungswissen stellt eine pädagogische Leitidee im Bremer Bildungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren dar. Gemäß § 10 (2) BremKTG können bereits jetzt Fachkräfte mit anderen pädagogischen, mit handwerklichen oder künstlerischen Qualifikationen für die Anleitung von Kindern zu speziellen Tätigkeiten eingesetzt werden.

Eine mögliche konzeptionelle Begleitung und Rahmung der Arbeit von multiprofessionellen Teams in Kindertagesstätten in Bremen und Bremerhaven wird aktuell und unter Beteiligung von Trägern, Gewerkschaften sowie der Bundesagentur für Arbeit diskutiert. Vor diesem Hintergrund ist die Gründung einer temporär eingesetzten Landesarbeitsgruppe (LAG) geplant. Die LAG hat das Ziel zentrale Handlungsfelder zur Stärkung von multiprofessionellen Teams zu identifizieren sowie eine Handreichung zur Arbeit von multiprofessionellen Teams in Kindertagesstätten zu erarbeiten.

17. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, Umzugsprämien für pädagogische Fachkräfte anzubieten, die zum Zwecke der Berufstätigkeit in diesem Feld nach Bremen und Bremerhaven ziehen?

Der potenzielle Beitrag einer Umzugsprämie oder auch eines Willkommensgeldes als Anreizstrategie, mehr Fachkräfte für die Kindertagesbetreuung zu gewinnen, ist schwer abzuschätzen und wurde in den letzten beiden Jahren bereits mehrfach auch mit Trägervertretungen diskutiert. Bislang vertraten diese die Auffassung, dass diese Form der Unterstützungsleistung als Anreiz zur Fachkräftegewinnung nicht wesentlich weiterführt.

18. Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Senat über das begrüßenswerte Verbleiben der „4-Quartalskinder“ in Krippengruppen hinaus, um pädagogische Fachkräfte in Kindertagesstätten zu entlasten, beispielsweise hinsichtlich Leitungs- und Anleitungsstunden oder Vor- und Nachbereitung?

Ein wesentlicher Aspekt zur Entlastung der pädagogischen Fachkräfte in Kindertagesstätten ist die Erweiterung der Möglichkeiten, zusätzliches Personal einzusetzen. Den referenzwertfinanzierten Trägern wird daher ermöglicht, zur Unterstützung Kita-Helfer:innen (sog. Entlasterkräfte) einzusetzen. Kita-Helfer:innen sind geeignete erwachsene Personen, die nicht auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel angerechnet werden, beispielsweise Ergänzungs-/Aushilfskräfte unterschiedlichster Qualifikationen für den Einsatz im Gruppendienst, in der Verwaltung oder sonstigen Bereichen, oder auch FSJ-Kräfte. Diese Kräfte können über nicht verausgabte Mittel im Rahmen der gewährten Gesamtfinanzierung bezahlt werden.

Weitere Maßnahmen, die zu weiteren Entlastungen der pädagogischen Fachkräfte beitragen können und bei der gegebenen Personalsituation realisierbar sind, werden aktuell geprüft.

19. Welche weiteren Möglichkeiten erwägt der Senat, um Lehrkräfte für die Schulen zu gewinnen, die Sozialindikator 4 oder 5 aufweisen? Wie beurteilt der Senat konkret die Möglichkeiten hinsichtlich
- a. Zuschlägen für die Tätigkeit in Schulen mit Sozialindikator 4 und 5;
 - b. Reduzierung des Stundendeputats für Lehrkräfte mit Sozialindikator 4 und 5;
 - c. Abordnung von Lehrkräften an unterbesetzte Schulen mit Sozialindikator 4 und 5?

Der Senatorin für Kinder und Bildung ist sehr bewusst, dass die pädagogische Arbeit in den Schulen mit einem hohen Sozialindikator die dort unterrichtenden und unterstützenden Kolleginnen und Kollegen zum Teil vor erhebliche alltägliche Herausforderungen stellt. Hierauf wurde in der Vergangenheit bereits dadurch reagiert, dass die Zuweisung von Lehrerwochenstunden im sogenannten Grundbedarf an den jeweiligen Sozialindex geknüpft wurde. Hierüber erhalten Schulen mit einem hohen Sozialindex eine höhere Stundenzuweisung und damit gegenüber anderen Schulen auch eine erhöhte Personalquote im Verhältnis zur Anzahl der Schülerinnen und Schülern.

Das Schulamt und die Schulleitungen sind ferner bemüht, in den Einstellungsgesprächen nicht nur die besonderen Herausforderungen an den Schulen mit hohen Sozialindikatoren deutlich zu machen, sondern auch und gerade die besondere pädagogische Arbeit und ihre Chancen zu verdeutlichen. Es hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass Bewerberinnen und Bewerber immer wieder ihr Interesse gezeigt haben, gerade auch an solchen Schulen zu arbeiten, in denen dem erzieherischen Wirken eine besondere Bedeutung zukommt.

Zu a) Die Senatorin für Kinder und Bildung verfolgt primär das Ziel, Schulen mit einem hohen Sozialindex durch eine zentralere Lehrkräftesteuerung mit einem auskömmlichen Personalstamm zu versorgen (vgl. dazu unter lit. c), welcher wie oben beschrieben im Verhältnis höher ist als bei Schulen mit einem geringeren Sozialindikator. Zuschläge für die Tätigkeit an Schulstandorten in herausfordernder Lage sind aktuell nicht geplant.

Zu b) Eine Reduzierung des Deputats an Schulen mit hohem Sozialindikator über die durch das fachpolitische Handlungskonzept 2018 etablierten Entlastungsstunden hinaus ist momentan nicht geplant.

Zu c) Abordnungen oder Versetzungen von Lehrkräften wurden in der Stadtgemeinde Bremen bisher nicht bedarfsbezogen angeordnet, aber gleichwohl im Einvernehmen

mit den betroffenen Schulen und Personen vorgenommen. Bei Neueinstellungen werden hingegen die Schulen mit besonderen Personalbedarfen vorrangig berücksichtigt. Angesichts der sehr unterschiedlichen Versorgung der Schulen wird für das kommende Schuljahr ein Ausgleich dieses Ungleichgewichtes auch mittels Abordnungen vorbereitet. Auch wenn insgesamt die Personalausstattung an den Schulen im Land Bremen aufgrund des bundesweit bestehenden Fachkräftemangels den Bedarf nicht übersteigt, sind einige Schulen deutlich schlechter versorgt als andere. Die Ursachen dafür sind vielfältig, wesentliche Aspekte sind aber sowohl die geographische Lage der Schule als auch die soziale Lage der Schülerinnen und Schüler. Das Instrument der Abordnung bzw der Versetzung wird aus unterschiedlichsten Gründen bereits im Einvernehmen mit den betroffenen Personen und Schulen praktiziert. Sollte dies die Situation zu Beginn des kommenden Schuljahres nicht ausreichend entspannen, wird entsprechend dem in der „Dienstvereinbarung über die Versetzungen und Abordnungen von Lehrkräften“ mit dem Personalrat – Schulen, der Frauenbeauftragten – Schule und der Schwerbehindertenvertretung – Schule vereinbarten transparenten Verfahren vorgegangen werden. Dies wird vom Zentralen Elternbeirat (ZEB), dem Personalrat – Schulen, der GEW, dem Grundschulverband Bremen und der Schulleitervereinigung Bremen befürwortet und zur Zeit von der Senatorin für Kinder und Bildung vorbereitet.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft nimmt Kenntnis.